

Juso-Stadtverband importiert über Berufsverbot:

Solidaritätserklärung für den entlassenen Bundesbahner Hoffmann

Buersche Zeitung
Hertener Allgemein
v. 22.02.79

Auch MdB Dr. Ulrich Steger will sich einschalten

Westerholt. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Steger wolle sich dafür einsetzen, daß das Berufsverbot gegen den Westerholter Bundesbahnbeamten Jürgen Hoffmann aufgehoben wird. Das teilten am Mittwochabend während einer Pressebesprechung im Lokal „Zur Heide“ Vertreter des „Gewerkschaftlichen Arbeitskreises gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten in der BRD“ mit.

Der 24jährige Hoffmann hat (wie berichtet) von der Bundesbahn zum 31. März die Kündigung erhalten, weil er DKP-Mitglied ist. „Nur wenn wir die Öffentlichkeit mobilisieren, kann dieses Unrecht verhindert werden“, erklärten die engagierten jungen Leute. Der Arbeitskreis hat bei seiner Unterschriftenaktion für Jürgen Hoffmann bereits 300 Solidaritätsbesetzungen von Bürgern aus dem Kreis Heeklingenhausen und den Nachbarstädten erhalten.

Man ist sicher, daß es noch mehr werden, zumal der 24jährige der erste Eisenbahner in NRW sei, über den Berufsverbot verhängt werde. In der Bundesrepublik sei sein Fall sogar einmalig. Denn die Bundesbahn habe bislang noch keinen Beamten des mittleren Dienstes wegen seiner DKP-Mitgliedschaft entlassen.

Zu denen, die ihre Solidarität mit

Jürgen Hoffmann erklären, gehören auch die Jungsozialisten des Stadtverbandes Herten. Ihr Vorsitzender Dirk Bockwyt übergab dem Arbeitskreis am Dienstagabend eine Solidaritätserklärung, in der es u. a. heißt: „Trotz unterschiedlicher politischer Standorte zwischen Juso und DKP werden wir weiterhin jederzeit dafür eintreten, daß auch die Mitglieder dieser Partei ihre Meinung frei äußern können, ohne berufliche Nachteile erleiden zu müssen.“

Jürgen Hoffmann teilte während der Pressebesprechung mit, daß er gegen seine Entlassung Widerspruch einlegt. Wenn er damit nichts erreicht, will er beim Verwaltungsgericht klagen. Das sei aber ein langes Verfahren, habe ihm sein Anwalt Klaus Böwer (Bottrop) gesagt. Man müsse mit einem Zeitraum von fünf Jahren rechnen.



Bei der Pressekonferenz des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten in der BRD (von links): Arbeitskreismitglied Ulrich Eichhorn, Ursula Möllenberg, Ernst und Rasi Hoffmann (DKP Westerholt), Arbeitskreismitglied Werner Reumke, der entlassene Bundesbahner Jürgen Hoffmann, Juso-Stadtverbandsvorsitzender Dirk Bockwyt und das IG-Chemie-Mitglied Erwin Hallmann aus Scharlebeck.

Foto: Ruth Werner